

---

# Deutschland: Außenpolitik ohne einheitliches Konzept

Walter Schilling

---

Wer es unternimmt, nach den Grundzügen der Außenpolitik der Großen Koalition in Deutschland zu fragen, wird auf manche Widersprüche stoßen, die ihren Ursprung in den spezifischen Einstellungen der an der Regierung beteiligten Parteien haben. Dabei fällt besonders ins Auge, daß die wichtigsten Entscheidungsträger der Großen Koalition, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der Kanzlerkandidat der SPD, in wesentlichen Bereichen unterschiedliche Akzente setzen. So kommt es nicht von ungefähr, daß in der deutschen Außenpolitik eine klare Linie fehlt und im Auswärtigen Amt immer noch die Tendenz vorherrscht, sich an einigen ideologischen Prämissen der Regierung Schröder zu orientieren.

---

## Konzeptionelle Probleme

---

Gewiß sollte man nicht erwarten, daß führende Politiker der SPD und ihre Berater, die bereits in der vorherigen Regierung großen Einfluß auf die Außenpolitik Deutschlands genommen haben, im Rahmen einer anderen Koalition ihre Überzeugungen über Bord werfen. Doch ist schon bemerkenswert, wie stark die dem Zeitgeist entsprechenden Einstellungen insbesondere mit Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika im Beratungsteam des früheren Kanzleramtschefs und heutigen Außenministers Steinmeier nachwirken. In wichtigen Fragen der internationalen Politik vertritt die derzeitige Führung des Auswärtigen Amtes Positionen, die sich deutlich von bewährten Traditionen der Bundesrepublik Deutschland absetzen. Sie spiegeln – abgesehen von dem eher vordergründigen, auf Wählerstimmen zielenden innenpolitischen Kalkül – zum einen die fast zwanghafte Neigung wider, sich in vielen Bereichen von den USA zu distanzieren und auf diese Weise die »Emanzipation« Deutschlands zu demonstrieren. Zum anderen beruht dieses Denken auf der sachlich falschen, einer unglaublichen Geschichtslosigkeit zeigenden Annahme, daß Deutschland beliebig seine Partner wechseln könne, ohne Schaden zu nehmen.

So überrascht es nicht, daß manche außenpolitische Entscheidungsträger dazu neigen, in bedeutsamen internationalen Konfliktsituationen (z. B. Afghanistan) selbst die Rolle und den Einsatz der deutschen Streitkräfte anders definieren, als dies von der Sache her geboten wäre. Der Einsatz der Bundeswehr als »uniformierte Aufbauhelfer« im Norden Afghanistans und die stark ausgeprägte Abneigung gegen die Teilnahme an den von anderen NATO-Staaten geführten harten Kämpfen zur Niederringung der islamistischen Taliban-Kämpfer im Süden und Südwesten des Landes macht dies deutlich. Diese Verhaltensweise beruhte von Anfang an auf der illusorischen Vorstellung, daß man dem genuin militärischen Teil der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in den Resolutionen 1368 vom 12. September 2001 und 1373 vom 28. September 2001 einstimmig beschlossenen Aufgabe ausweichen und die für den Erfolg des zivilen Aufbaus in Afghanistan notwendigen, aber eher unangenehmen Aktivitäten den anderen Bündnispartnern, vor allem den Amerikanern, überlassen könne. Doch ließ sich diese Arbeitsteilung, trotz der Kreation immer neuer diplomatischer Formeln, nicht durchhalten. Schritt für Schritt mußte die Bundesregierung der Realität in Afghanistan entgegengehen und einzelne Maßnahmen mit Blick auf den Einsatz der Bundeswehr beschließen, die nur mit Mühe durchgesetzt werden konnten. Ihnen fehlt eine durchdachte, langfristig tragfähige politisch-strategische Grundlage, und sie sind stark von dem Willen geprägt, nur nicht zu nahe an jene Aktionen herangeführt zu werden, die man in einem Teil der Koalition – bewußt abschätzig – als »Amerikas Krieg gegen den Terrorismus« zu bezeichnen pflegt. Deutschlands politisches Gewicht im Bündnis ist durch diese Haltung deutlich gesunken. Zudem ist es für die deutsche Außenpolitik keineswegs hilfreich, so zu tun, als sei Deutschland in Afghanistan nicht »Kriegspartei« – in eindeutiger Weise *gegen* die islamistischen Taliban und *für* die demokratisch legitimierte Regierung.

Die grundsätzliche Abneigung mancher Politiker und Berater der Großen Koalition in Berlin gegenüber Washington schimmert auch in der häufig wiederholten Auffassung durch, als Entscheidungsgrundlage für den Einsatz deutscher Soldaten entsprechender neuer Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu bedürfen. Diese Haltung bezieht ihre Energie aus dem Selbstverständnis, auf einigen Feldern die Stufe zum »postnationalen« Regieren bereits erreicht zu haben und nationales Streben vor allem in der Distanz gegenüber den USA zum Ausdruck zu bringen. Vergegenwärtigt man sich die tatsächliche Lage und die Position Deutschlands im internationalen System, dann erweist sich dieses insbesondere in der SPD verbreitete Denken als realitätsfern. Nicht nur die Zivilisierung Deutschlands und die Schöpfung der europäischen Friedenszone nach 1945 waren transatlantisch bedingt, d.h. wesentlich durch die in allen Bereichen überlegene Macht der Vereinigten Staaten von Amerika garantiert. Auch heute können weder Deutschland noch die Europäische Union ohne die Rückendeckung oder das aktive Engagement der USA etwas Entscheidendes in der internationalen Politik bewirken. In dem wenig durchdachten Bestreben, sich von den Vereinigten Staaten von Amerika abzusetzen, sind hochrangige außenpolitische Entscheidungsträger in Deutschland sogar versucht, sich dem machtpolitisch aufstrebenden Rußland anzudienen.

Unabhängig von der Frage, ob die derzeitige amerikanische Sicherheitspolitik für die Wahrung der europäischen Interessen sinnvoll ist oder nicht, zeigen u.a. die Reaktionen mancher Politiker der Großen Koalition auf die von den USA gegen die Bedrohung aus dem Iran geplante Errichtung einer Raketenabwehr in Polen und Tschechi-

en ein bezeichnendes Bild. Dabei suchten vor allem Vertreter des Auswärtigen Amtes immer wieder den Eindruck zu vermitteln, das amerikanische Abwehrsystem sei schon deshalb überflüssig, weil es gegenwärtig eine konkrete Bedrohung seitens des Iran nicht gebe. Doch orientieren sich die USA mit ihren Plänen gar nicht an der gegenwärtigen Bedrohungslage, sondern an der von allen Fachleuten betonten sicheren Erwartung, daß die Iraner spätestens bis zum Jahre 2012 über nukleare Waffen und Angriffsraketen mit einer Reichweite von mehr als 4000 km verfügen werden. Diese künftige Kapazität des Iran sucht Rußland u.a. auch durch die Verhinderung wirksamer Sanktionen seitens des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und durch seinen Widerstand gegen die Stationierung eines Abwehrsystems in Europa abzusichern. Dazu ist der politischen Führung Rußlands jedes Verwirrspiel recht. Obwohl das inzwischen mit Polen und Tschechien vertraglich vereinbarte Abwehrsystem von seiner technischen und geographischen Auslegung her gar nicht geeignet ist, die russischen Angriffskapazitäten in Frage zu stellen, wird der Eindruck erweckt – und von vielen Politikern in Deutschland gern aufgenommen, daß sich diese Maßnahme Washingtons unmittelbar gegen Rußland richte und ein neues »Wettrüsten« zur Folge habe. Bei aller kritischen Würdigung amerikanischer Politik der jüngsten Zeit hätte es in dieser Situation die Pflicht aller außenpolitischer Entscheidungsträger sein müssen, sachlich falsche Vorstellungen über einzelne Pläne und Maßnahmen Washingtons zurückzuweisen und den wohlverstandenen Interessen der Europäischen Union und indirekt auch Israels Rechnung zu tragen.

---

### **Abhängigkeit von imperialem Rußland?**

---

Das diffuse Bild deutscher Außenpolitik zeigte sich ebenso, als Rußland aus Protest gegen die amerikanischen Raketenabwehrpläne den KSE-Vertrag aussetzte. Zu diesem Affront nur »große Sorge« auszudrücken, ist schon bemerkenswert. Wenn Rußland an dem KSE-Vertrag, der die Zahl der Kampfpanzer, Hubschrauber, Kampfflugzeuge und sonstiger konventioneller Waffen in Europa begrenzt, als zentralem Bestandteil der internationalen Sicherheitsarchitektur hätte festhalten wollen, hätte es längst dessen Bestimmungen folgen und seine Streitkräfte aus anderen Ländern vollständig abziehen müssen.

Der Führung des Auswärtigen Amtes scheint im übrigen nicht bewußt zu sein, in welche gefährliche Abhängigkeit Deutschland von einem erneut imperialen Rußland gerät, das nicht nur bestehende Rüstungskontrollverträge suspendiert, seine Truppen in Nachbarstaaten einmarschieren läßt, seine Nuklearstreitkräfte zügig modernisiert und seit mehr als einem Jahrzehnt das Atomprogramm des Mullah-Regimes in Teheran unterstützt, sondern auch zielstrebig seine Ressourcen an Erdgas und Erdöl als politische Machtinstrumente einsetzt. Was es heißt, von russischen Energielieferungen abhängig zu sein, wird in jüngster Zeit immer wieder von Moskau vorgeführt. Die Versuche zur Disziplinierung der Ukraine, Weißrußlands, Moldawiens und Georgiens, das beharrliche Streben nach strategischer Kontrolle über die Energieversorgung Europas und die Bemühungen Rußlands, den westlichen Ländern den unmittelbaren Zugang zum Erdgas und Erdöl Zentralasiens zu verwehren, sprechen eine klare Sprache. Vor diesem Hintergrund die Direktleitung für russisches Erdgas durch die Ostsee als Vorteil zu preisen, weist nicht nur auf große Perzeptionsprobleme im Auswärtigen Amt hin. Es zeigt auch eine gewisse Ratlosigkeit, der außerordentlich star-

ken Position Rußlands im Bereich der Energiepolitik zu begegnen. Erst recht aber erscheint es fragwürdig, die Abhängigkeit von Rußland noch zu vergrößern, wie sich dies in den Vorstellungen des Auswärtigen Amtes für die Neugestaltung der Beziehungen der Europäischen Union zu Rußland widerspiegelt. Die Formel »Annäherung durch Verflechtung«, die der Planungsstab dafür geprägt hat, geht völlig an der Realität vorbei, da die Europäische Union nicht über hinreichende Machtquellen verfügt, um Moskau Paroli bieten und die eigenen Interessen durchsetzen zu können. Der rigore und völkerrechtswidrige russische Militäreinsatz in Georgien Anfang August 2008 hat dies einmal mehr deutlich gemacht. Die äußerst schwachen und hilflos wirkenden Reaktionen von EU und NATO auf das russische Vorgehen ließen von Anfang an erkennen, daß man sich mit der Amputation großer Gebiete Georgiens abfinden wird.

Das machtpolitisch aufstrebende Rußland »einbinden« zu wollen, ist angesichts der Zielbewußtheit, der Flexibilität und der rasch zunehmenden Handlungsmöglichkeiten der derzeitigen Führungselite in Moskau ziemlich naiv. Die im Auswärtigen Amt auch nach der völkerrechtswidrigen Aggression Rußlands gegen Georgien herrschende Vorstellung, man könne Rußland mit der Europäischen Union auf der Grundlage »gemeinsamer Werte« in einer »irreversiblen« Partnerschaft verankern, die einerseits die Energieversorgung Europas sichert und andererseits zu dem gewünschten innenpolitischen Wandel in Rußland führt, wird vielmehr eine Illusion bleiben. Der Kernstaat des früheren Sowjetimperiums entwickelt sich auch nach dem Wechsel im Präsidentenamt in eine völlig andere Richtung. Das immer wieder gezeigte »Appeasement«-Verhalten einiger deutscher Politiker ermutigt die russische Führung vielmehr, ihre eigenen Machtinteressen konsequent durchzusetzen. Im übrigen ist diese Vorgehensweise mit Blick auf die Beziehungen zu Rußland in der Europäischen Union umstritten. Während man im Auswärtigen Amt einem verständnisvollen und anschniegamen Kurs mit Moskau das Wort redet, suchen andere Länder der EU, vor allem in Osteuropa und im Baltikum, aufgrund ihrer spezifischen historischen Erfahrung die Abhängigkeit zu vermindern und sich eher der Rückendeckung Washingtons zu versichern. Die Anstrengungen dieser Länder waren spätestens seit Mitte der achtziger Jahre darauf gerichtet, dem Einfluß Moskaus zu entkommen. Mit dem Beitritt zur NATO und zur EU glaubten die Osteuropäer und die Balten dies erreicht zu haben. Da sie hier offenbar nicht immer genügend Solidarität erfahren, sollte man sich nicht wundern, wenn sie sich gegen eine Politik wenden, die es Rußland erlauben würde, sogar in Fragen der militärischen Sicherheit einzugreifen und sie erneut zu bevormunden. Das militärische Vorgehen Rußlands gegen Georgien im August 2008 hat die Regierungen der osteuropäischen und baltischen EU-Staaten in ihrer Haltung bestätigt. Auch die geschichtsbewußten Briten werden sich dem von manchen außenpolitischen Entscheidungsträgern in Deutschland vertretenen Ansatz einer »Sonderbeziehung« zu Rußland, der Europa spaltet und die transatlantische Entfremdung vertieft, gewiß nicht anschließen. Und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat bereits klargemacht, daß die französische Haltung in dieser Frage künftig anders aussehen wird, als dies noch vor der russischen Machtdemonstration im Kaukasus den Anschein hatte.

Die Tendenz des deutschen Außenministers zur Nachgiebigkeit zeigt sich auch in der Politik gegenüber China. Anders als die Bundeskanzlerin stellte sich der Chef des Auswärtigen Amtes allen Forderungen entgegen, der Menschenrechtsfrage im allge-

meinen und der bedrückenden Lage der Tibeter im besonderen größere Beachtung zu schenken. Ein Treffen mit dem Oberhaupt der Tibeter, dem Dalai Lama, bei dessen Deutschland-Besuch im Mai 2008 lehnte Steinmeier – im Gegensatz zu seiner Kollegin, Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul – strikt ab. Dies erscheint um so weniger verständlich, als der Dalai Lama die Einheit Chinas nicht in Frage stellt und die Regierung in Peking mit dessen Abgesandten bereits Gespräche führt. Selbst einen parteienübergreifenden menschenrechtspolitischen Antrag des Deutschen Bundestages mit Blick auf China wußte Steinmeier zu verhindern.

---

### **Fragwürdiges Plädoyer für EU-Aufnahme der Türkei**

---

Ähnlich bedeutsame Realitätsdefizite und mangelhafte Konzepte wie in der Rußland-Politik können wir im Auswärtigen Amt zur Frage der Aufnahme der Türkei in die EU beobachten. Das Plädoyer des deutschen Außenministers für eine Vollmitgliedschaft der islamisch geprägten Türkei in der Europäischen Union offenbart eine Wirklichkeitsverweigerung, die große Sorge bereiten muß. Die Aufnahme der Türkei würde das Wirtschaftsgefälle innerhalb der EU nicht nur erheblich verstärken. Die Türkei würde vielmehr für lange Zeit durch finanzielle Mittel aus der Europäischen Union unterstützt werden müssen.

Abgesehen von der wirtschaftlichen Überforderung der EU hätte die Aufnahme der Türkei auch strategisch und geopolitisch negative Folgen, da sie den spezifischen Problemen dieses Landes (z. B. Kurdenfrage, Irak) nicht mehr ausweichen könnte. Einen Zugewinn an Machtressourcen erführe die EU durch die Aufnahme der Türkei nicht. Die türkischen Streitkräfte sind wegen ihrer mangelnden Modernität und ihrer inneren Schwäche nicht in der Lage, einen substantiellen Beitrag zur Sicherheit Europas zu leisten. Erst recht aber würde die EU die Aufnahme der Türkei aus politischen und kulturellen Gründen nicht verkraften. Denn die Türkei würde bereits zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme nicht nur ziemlich sicher der bevölkerungsreichste Staat der EU sein und die entsprechenden Rechte im Hinblick auf Repräsentation und politischen Einfluß in der Europäischen Kommission erhalten. Türkische Gruppierungen würden auch im kommunalen Bereich, vor allem in den Ballungszentren Deutschlands, großen politischen Einfluß ausüben und entgegen allen Integrationsbestrebungen durchsetzen, daß ihre islamisch geprägten Werte, Denkweisen und Einstellungen voll zum Zuge kommen. Dieser Trend ist schon jetzt sichtbar. Die selbstbewußte und geschickte, vom türkischen Ministerpräsidenten Erdogan demonstrativ unterstützte Politik der türkisch-islamischen Migrantenverbände in Deutschland läßt daran keinen Zweifel. Die in der Türkei stattfindende, von der derzeitigen, nicht in der säkularen Tradition Kemal Mustafa Atatürks stehenden Regierung Erdogan massiv geförderte Re-Islamisierung der türkischen Gesellschaft unterstreicht diese Entwicklung.

In diesem Zusammenhang ist es von großer politischer Bedeutung, daß die von Recep Tayyip Erdogan, Abdullah Gül und Bülent Arinc gegründete »Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung« (AKP), die seit 2003 die türkische Regierung trägt, in der Tradition der islamistischen Vorgängerpartei (Saadeh) steht, in der Erdogan und Gül ebenfalls eine Führungsrolle spielten. Sie repräsentiert die Einstellungen, Denkweisen und Interessen des religiös geprägten und wirtschaftlich erfolgreichen anatolischen Bürgertums, das sich gegen das vom Staatsgründer Kemal Mustafa Atatürk eingeführte System und das kemalistische Establishment richtet und die ohnehin sehr

schwachen säkularen Tendenzen in der türkischen Gesellschaft zu überwinden trachtet. Der triumphale Sieg der AKP bei den Parlaments-Wahlen am 22. Juli 2007 und die Übernahme des Präsidentenamtes durch Abdullah Gül hat die Machtposition Erdogans – ungeachtet der Widerstände aus dem Militär und der kemalistisch geprägten Justiz – einmal mehr gefestigt. Es ist eine grobe Fehleinschätzung, wenn man im Auswärtigen Amt meint, mit der Aufnahme der Türkei »eine Brücke zur islamischen Welt bauen« zu können. Angesichts der völlig anderen kulturellen und nicht mit dem Wertesystem der Europäischen Union zu vereinbarenden Ausrichtung der Türkei würden vielmehr die Fundamente Europas schwer beschädigt, wenn es zu einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU käme.

---

### **Notwendig: Rückkehr zum Realismus**

---

Die verheerenden Auswirkungen einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union werden ebensowenig wie die Abhängigkeit von Rußland und die Entfremdung von den USA durch bloßes Lavieren oder diplomatische Kunstgriffe vermieden werden können. Dazu gehört mehr. Gewiß läßt sich nicht bestreiten, daß sich die deutsche Regierungschefin beharrlich bemüht, das alte Gleichgewichtssystem der Bundesrepublik wiederherzustellen und neue Risiken abzuwenden. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich sind mittlerweile wieder so austariert, daß sie sich gegenseitig nicht in Gefahr bringen. Die unselige »Achse Paris–Berlin« gegen Washington gibt es nicht mehr. Die Wahl Nicolas Sarkozys zum französischen Staatspräsidenten hat diese Entwicklung noch unterstrichen. Der Bund mit den Vereinigten Staaten von Amerika bildet nunmehr das Fundament der neuen französischen Außenpolitik. Gleichwohl reichen Angela Merkels bisherige Korrekturen nicht aus. Zwar orientiert sich die deutsche Bundeskanzlerin in ihrem außenpolitischen Denken glaubwürdig an den herausragenden Werten Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie versucht auch, an die bewährten Traditionen liberaler Außenpolitik wieder anzuknüpfen. Doch wird die von ihr geführte Regierung angesichts der enormen Herausforderungen eine klare Antwort darauf geben müssen, welche Art Macht Deutschland tatsächlich sein soll und welche Interessen ihre Politik leiten. Sie wird der Einsicht folgen müssen, daß Deutschland sich außenpolitisch künftig nur dann behaupten kann, wenn es seine nationalen Interessen nicht nur europäisch, sondern auch transatlantisch ausrichtet. Mit der eher rudimentären Definition nationaler Interessen und den ideologischen Begrenzungen des derzeitigen Koalitionspartners wird man künftig nicht weit kommen. Im übrigen ist es politisch unangemessen, das Parlament immer wieder in die schwierige Situation zu bringen, ad hoc und ohne durchdachte politisch-strategische Orientierung etwa über den Einsatz der Streitkräfte entscheiden zu müssen.

Ein realitätsnahes und schlüssiges Konzept deutscher Außenpolitik wird von der Einsicht ausgehen haben, daß die tiefe Spaltung der westlich-demokratisch orientierten Staatenwelt die Fähigkeit erheblich einengt, die internationale Politik nachhaltig zu prägen. Die frühere Gemeinsamkeit des »Westens« wird gewiß nicht automatisch wiederkehren, wenn die Regierungszeit der Bush-Administration in den USA beendet ist. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden trotz der Belastungen durch den Irak-Krieg und der noch fühlbar werdenden geopolitischen Nachwirkungen der Finanzmarktkrise auch nach 2008 ihre Rolle als Weltmacht wahrnehmen und sich an

Prinzipien orientieren, die vielen Europäern – zumal den Deutschen – offensichtlich fremd geworden sind. Angesichts der wachsenden Zahl der Akteure im internationalen System, die sich auf wirksame Machtressourcen stützen können und wenig Rücksicht auf völkerrechtliche Prinzipien nehmen, wird es eine entscheidende Aufgabe sein, die transatlantische Gemeinschaft wiederzubeleben. Dies ist vor dem Hintergrund der auch in Deutschland ausgeprägten kritischen Einstellungen gegenüber Amerika sicherlich schwierig. Die Wiederbelebung der transatlantischen Gemeinschaft wird jedoch nicht nur für den Erfolg der westlichen Demokratien in den aktuellen internationalen Konflikten entscheidend sein. Sie ist ebenso notwendig, um die zunehmenden Herausforderungen der neuen multipolaren Welt zu bestehen. Und dazu gehört aus deutscher Sicht eben auch, für das Verhalten Deutschlands gegenüber dem Wiederaufstieg Rußlands angemessene Leitlinien zu entwerfen. Im Hinblick auf die Beziehungen zu Rußland hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zwar von ihrem Vorgänger in markanter Weise abgesetzt. Ein einheitliches Konzept der Koalitionsregierung für eine realistische Politik gegenüber Moskau ist jedoch nicht zu erkennen. Selbst die politische Lehrstunde des russischen Vorgehens im Kaukasus, die das auf »Verständnis« setzende Bemühen der deutschen Diplomatie ad absurdum führte, brachte noch keinen grundlegenden Wandel hervor. Es wäre aber schon hilfreich, wenn es der Bundeskanzlerin – auch in deutlichem Kontrast zur derzeitigen Denkweise im Auswärtigen Amt und in der SPD – gelänge, die Position der Bundesrepublik Deutschland wirklichkeitsnah zu beschreiben, die nationalen Interessen präzise zu definieren und daraus klare Handlungsanweisungen gegenüber Rußland abzuleiten. Dabei wird man das Bündnis mit den USA und die Verankerung Deutschlands in der Europäischen Union beachten müssen. Deutsche »Sonderbeziehungen« zu Rußland an den vitalen Interessen seiner europäischen Partnerstaaten vorbei sind hier fehl am Platze. So richtig es bleibt, den Dialog mit Rußland aufrechtzuerhalten, so notwendig ist es auch, die politisch-strategischen Zweideutigkeiten, die im Verhältnis zu Rußland aufgekommen sind, möglichst rasch zu beseitigen.

Eine selbstbewußte und klare Haltung sollte die Bundesrepublik Deutschland ebenso gegenüber China einnehmen. Nachgiebigkeit und Ängstlichkeit werden die deutsche Außenpolitik nicht voranbringen. Auch in der Türkei-Frage ist es für die deutsche Außenpolitik noch nicht zu spät, die ideologischen Fixierungen abzulegen. Es gilt dabei, die strategische Überdehnung und die Gefährdung der politischen Identität der Europäischen Union abzuwenden, das Verhältnis zur Türkei auf eine der Kapazität und Eignung der EU angemessene Partnerschaft zuzuschneiden und damit zur politischen Vernunft zurückzukehren. Deutschland stünde es gut an, den Repräsentanten der Türkei deutlich zu machen, daß die historisch gewachsenen und identitätsbildenden Fundamente, die den Zusammenhalt der Europäischen Union verbürgen, eben völlig andere sind als jene Wert- und Lebensvorstellungen, die in der Türkei gelten. Die Aufgabe der deutschen Diplomatie kann es daher künftig nicht sein, in den Verhandlungen immer wieder nach Kompromissen zu suchen, die nur die politische Wirklichkeit verdecken. Sie muß vielmehr die Kriterien für die Identität und die Funktionsfähigkeit der Europäischen Union strenger beachten und den drohenden Schaden abwenden.